

Ausserordentlicher Parteitag 1. März 2008, Messe Basel

R-2 Resolution der Sektion Genf Stadt, unterstützt von der SP des Kantons Genf

Die Europapolitik der SP muss den Service Public, die demokratischen Rechte und die Rechte der Arbeitnehmenden schützen

Originaltext in Französisch

Eingedenk

- der Öffnung gegenüber einem Europa der Menschen als sozialdemokratisches Ideal des Friedens und der Freiheit,
- der Möglichkeit, auf europäischer Ebene politische und gewerkschaftliche Synergien zu entwickeln,

in Anbetracht

- des Fehlens eines echten Arbeitsrechts, das die Arbeitnehmenden auf europäischer Ebene schützt,
- der Schwäche der wenig arbeitnehmerfreundlichen Schweizer Arbeitsgesetze und der auf den Gesamtarbeitsverträgen (GAV) lastenden Drohungen, die Gefahr laufen, jederzeit von Arbeitgeberseite gekündigt zu werden, wie wir dies kürzlich bei den Baumeistern feststellen konnten,
- der drohenden Verschlimmerung des Lohndumpings,
- der Nichteinhaltung der bei der Abstimmung über die Ausdehnung der bilateralen Verträge versprochenen flankierenden Massnahmen, wie der gekündigte GAV oder die mangelhaften Kontrollen dieser Massnahmen in zahlreichen Kantonen deutlich machen,
- der dauernden Verschlechterung des Service Public, sogar in nominell öffentlichen Betrieben wie der Post,
- des europäischen Demokratiedefizits,
- der automatischen Anpassung der schweizerischen Gesetzgebung an die europäischen Normen ohne Kontrolle durch das Volk,

verpflichtet sich die SP Schweiz an ihrem Kongress

- als treibende Kraft den Schutz der Arbeitnehmenden in den schweizerischen Gesetzen und den europäischen Texten zu verteidigen,
- in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften eine aktive Politik zur Durchsetzung der flankierenden Massnahmen in den Unternehmen zu verteidigen,

- die Bilateralen nur zu unterstützen, wenn die flankierenden Massnahmen zugesichert sind und die Arbeitnehmenden in der Schweiz vor verstärktem Lohndumping und einer Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen geschützt sind,
- die aktive und kritische Zusammenarbeit zwischen den schweizerischen und europäischen sozialdemokratischen Bewegungen und die Entwicklung von Gewerkschaftsbewegungen auf europäischer Ebene klar zu unterstützen,
- als treibende Kraft die Instrumente der direkten Demokratie in der Schweiz zu verteidigen und die Instrumente der europäischen Demokratie zu entwickeln (Referendums- und Initiativrecht).
- ihre Leitungsgremien und Vertreterinnen und Vertreter im Bundesrat und in den eidgenössischen Räten aufzufordern, bei sämtlichen Verhandlungen mit der Europäischen Union Druck auszuüben, damit die Rechte der Arbeitnehmenden, der Service Public und die demokratischen Rechte erhalten bleiben,
- und bittet ihre Leitungsgremien, die breite Grundsatzdiskussion zur Frage der Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union neu zu lancieren.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annehmen im Sinne der Europa-Plattform.

Beschluss Parteitag: